

René Böhme

Soziale Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

– eine untrennbare Verbindung?! –

Folien zum Referat auf der Tagung
„Bürgerbeteiligung auf dem Weg zur Selbstverständlichkeit“
am 14. September 2013 in Loccum

Inhalt

1. Zum Forschungsprojekt „Stadtteilstrategien gegen Armut und Benachteiligung“
2. Herausforderungen der Bürgerbeteiligung in der Sozialen Stadtentwicklung (in Großstädten)
3. Leitbilder Kommunaler Entwicklung
4. Soziale Stadtpolitik als neuer Politiktyp und Governancemodus
5. Ansätze und Operationalisierungsprobleme der Bürgerbeteiligung in Dortmund, Bremen und Nürnberg
6. Fazit/Thesen

1.1 Zum Forschungsprojekt: Fragestellungen

- Wie reagieren die Großstädte auf die Zunahme sozialer Ungleichheit, auf soziale Spaltung, prekären Wohlstand und verfestigte Armut?
- Über welchen politischen Handlungsspielraum verfügen die Großstädte wirklich?
- Wie wird dieser von den Großstädten ggfls. durch neue Politikansätze, Programme und Strategien genutzt?
- Inwieweit werden spezifizierte Programme/Strategien zur Armutsbekämpfung eingesetzt?
- Gibt es eine Wirkungskontrolle/Evaluation der implementierten Programme und Strategien?

1.2 Zum Forschungsprojekt: Variablen

- Empirisches Forschungsprojekt: „Stadtteilstrategien gegen Armut und Benachteiligung“ (2011/2012)
- Hypothese: Mit der Sozialen Stadtpolitik setzt sich ein neuer Politiktypus durch!
- Variablen der Untersuchung:
 - gesamtstädtische Ausprägung des sozialen Integrationsregimes (Politische Legitimation, spezifische Institutionen und Akteure, strategisches Politikmanagement)
 - lokale Umsetzungsstrategien und ihre sozialräumliche Auslegung in den Stadt- u. Ortsteilen sowie Quartieren
 - sozioökonomische Lage/Entwicklung der Großstädte
 - Einfluss der Landespolitik/ Bundespolitik

1.3 Zum Forschungsprojekt: Untersuchungskonzept

- Anfertigung von drei Fallstudien, vergleichende Analysen
- Untersuchungsfeld: Dortmund, Bremen und Nürnberg
- Erhebung von Daten/Indikatoren zur sozioökonomischen Lage/Entwicklung
- Analyse der institutionellen und politischen Bedingungen
- Analyse der gesamtstädtischen Strategien zur Sozialen Stadtentwicklung und Armutsprävention
- Analyse der Situation (Bedingungen und angewandte Strategien) in je einem benachteiligten Stadtteil mit Fokussierung auf die kindbezogene Armutsprävention

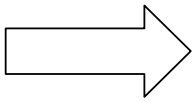
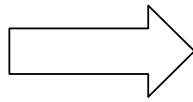
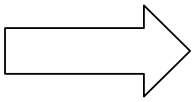
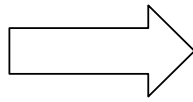

2.1 Herausforderungen für die Großstädte

- Tendenzen der Reurbanisierung in den großen Städten
- Zunahme von Einkommensungleichheit (SOEP) zeigt sich auch in der wachsenden sozialen Ungleichheit und Spaltung der Großstädte (Friedrichs, Triemer 2009; Dohnke, Seidel-Schulze, Häußermann 2012)
- Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse (Castel, Dörre 2009), Auftreten „verfestigter Armut“ (DPWV 2011)
- ausgrenzende und Teilhabechancen einschränkende Wirkung benachteiligter Wohnquartiere/Ortsteile/Stadtteile (Häußermann, Kronauer)
- Soziale Selektivität der Bürgerbeteiligung (Wahlen, Ehrenamt, Initiativen)
- Herausforderungen von Armut und Migration in Bezug auf die Bildungschancen von Kindern (Autorengruppe Bildungsberichterstattung)
- Wandel der Lebensformen, größere Erwerbstätigkeit von Frauen, unzureichende institutionelle Betreuungsangebote

2.2 Herausforderungen für die Großstädte

Analysekategorie ¹	Dortmund- Nordmarkt	Bremen- Kirchhuchting Sodenmatt Mittelshuchting	Nürnberg- Galgenhof Steinbühl Gostenhof
Migrantenanteil 2011	68%	37-40%	52-60%
Anteil U18 2011	22,2%	17,0-19,5%	15,6-16,8%
Arbeitslosenziffer 2011	19,7%	18,0-18,9%	9,0-11,7%
SGB II-Quote 2011	40,1%	25,3-26,4%	18,0-25,0%
Kinderarmutsquote 2011	>50%	38,6-42,8%	28,9-31,6%
Wahlbeteiligung 2011/12	17%	38,6-42,8%	35,1-41,2%

3. Leitbilder kommunaler Entwicklung (nach Prigge 2013)

A.	B.	C.	D.	E.
<p>Ordnungs-kommune</p> <p>(Behörde)</p> <p>ab 1945 ff.</p> 	<p>Wachsende Verwaltung</p> <p>(Ausbau der Leistungs-verwaltung)</p> <p>ab 1965 ff.</p> 	<p>Dienstleistungs-kommune</p> <p>(Angleichung der Kommunalver-fassung, Konzern Stadt/NSM/NPM)</p> <p>ab 1985 ff.</p> 	<p>Bürger-kommune</p> <p>(BürgerInnen-Stadt)</p> <p>ab 2000 ff.</p> 	<p>Soziale Stadt (nachhaltige Stadt)</p> <p>(Neue soziale Integration, gleiche Teilhabechancen für alle Bürger)</p> <p>ab 2015 ff.(???)</p> 

4.1 Soziale Stadtpolitik als neuer Politiktyp

- Ein neuer Politiktypus entsteht durch veränderte Governancestrukturen (neuer Steuerungsmodus):
 - koordinierungsbedürftige Programmfamilie mit eigener Kontextpflege
 - Beeinflussung/Gestaltung von institutionell garantierten, lokalen Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Sen 2000)
 - Sozialberichterstattung über Armut und Lebenslagen, Ausgrenzung und Teilhabe in der Stadt, den Stadt- und Ortsteilen sowie Quartieren
 - neuer Steuerungsmodus und veränderte Governancestrukturen: komplexe integrative und sozialräumliche Steuerung sowie Diskurspolitik/Partizipation
 - Schlüsselstrategien: Soziale Stadtteilentwicklung sowie kind-/familienbezogene Armutsprävention

4.2 Veränderter Governancemodus

- Diskurspolitik und Kontextsteuerung
 - Agenda-Setting, Promotoren, Beteiligung, Netzwerke
 - lokale Armutskonferenzen zur Kontextpflege
- Aufwertung von Stadtteilpolitik und der Beteiligung von Stadtteilakteuren/Bürger/-innen
 - demokratisch legitimierte Stadtteilvertretungen
 - Einbezug von Bürgerinitiativen und akteursbezogenen Arbeitskreisen
 - informelle Beteiligungsangebote (Bürgervereine)
 - Notwendigkeit einer lokalen Koordinierungsstelle

5.1 Ansätze der Bürgerbeteiligung in d. Sozialen Stadt

- + Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Stadtteilforen und dezentralen Fachkonferenzen zur Armutsbekämpfung
- + gewählte Stadtteilvertretungen, dezentrale Verwaltungen
- + Aktivierung, Koordination und aufsuchende Arbeit durch ein dauerhaft eingerichtetes und sozialpädagogisch ausgerichtetes Quartiersmanagement
- + Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Bürgerforen, Eigentümerforen, Nachbarschaftsforen
- + weitgehende Entscheidungsrechte der Bewohner/-innen im Rahmen der lokalen Förderprojekte
- + Einbindung der Alltagsprobleme in die Stadtteilsitzungen

5.2 Operationalisierungsprobleme

- Dominanz der Trägervertreter in den Stadtteilforensitzungen
- keine Einbindung von Menschen in prekären Lebenslagen, von Menschen mit Migrationshintergrund
- starke Formalisierung der Sitzungen
- keine Stadtteilparlamente, keine Entscheidungskompetenzen
- zentral organisierte soziale Dienste
- Quartiersmanagement als Sanierungsmanagement
- fehlende Differenzierung zwischen horizontaler und vertikaler Koordinierung
- Schwierigkeiten in der Projektverstetigung, der Erfüllung von Bürgervorschlägen und der Finanzierung des QMs

6. Ausblick/Thesen

- Der Ausschluss von sozialen Teilhabechancen der Menschen in Armutslebenslagen macht deren Beteiligung an den Prozessen der Sozialen Stadtteilentwicklung zwingend notwendig.
- Die Stärkung der Bürgerbeteiligung beginnt mit einer Aufwertung von Stadtteilpolitik. Demokratische Wahlen sind aber nicht mehr hinreichend für die Partizipation.
- Bürgerbeteiligung an den Prozessen der Sozialen Stadt erfordert es, den Bürger/-innen weitreichende Entscheidungsrechte einzuräumen und diese zu verwirklichen.
- Quartiersmanagement ist eine sozialpädagogische Daueraufgabe zur Aktivierung und Koordination.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!